

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

ich kann mir gut vorstellen, dass viele kaum verstehen, was derzeit im Freistaat passiert. Es ist absurd: Die Sicherheitsbehörden schleifen, von „PEGIDA“ getrieben, in Dresden vorübergehend das komplette Versammlungsrecht. Das gab es noch nie! Als Rechtfertigung dient ein arabischer Twitter-Beitrag, der die Bedrohung einer einzelnen Person belegen soll. Sicher, Hinweise müssen bewertet, Gefahren bekämpft werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Belieben außer Kraft gesetzt wird.

Deshalb wollen wir wissen, wie es dazu kam. Mit einem Dringlichen Antrag forderten wir die Staatsregierung zum Beginn der Landtagssitzung auf, uns aufzuklären. CDU und SPD lehnten ab. Am Abend erreichte uns eine neue bizarre Nachricht: Vor dem großen Toleranz-Konzert mit internationalen Stars hat es eine Bombendrohung gegeben. Die Polizei ging ihr mit Spürhunden nach, ließ die Veranstaltung aber zu. Schon das zeigt, dass das Versammlungsverbot in der Woche zuvor offensichtlich völlig überzogen war.

Der Innenminister hatte sich derweil geheim mit Köpfen der „PEGIDA“ getroffen. Dabei wurden, wie er erklärte, „Inhalte oder Positionen zur Seite gestellt“. Er habe über die Sicherheit ihrer Aufmärsche sprechen wollen. Warum aber übernahmen das nicht die Versammlungsbehörden, sondern der Minister höchstselbst? Die Antwort ist einfach: Ulbig will Oberbürgermeister von Dresden werden, das Frustpotential der „PEGIDA“ parteipolitisch abernten. Bis hierhin mag alles „nur“ absurd gewesen sein. Die Welt schaut auf Sachsen und reibt sich die Augen. Es fehlt aber nicht viel, bis es gefährlich wird – für die Demokratie.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Sächsischer Sündenfall

Das Treiben der „PEGIDA“ und ihrer Ableger auf der Straße neigt sich offenbar seinem Ende zu. Turbulente Wochen bleiben in Erinnerung. Das bislang einmalige Versammlungsverbot vom 19. Januar – per polizeilicher Allgemeinverfügung – zog eine bemerkenswerte Landtagsdebatte nach sich. Sie begann mit einer Fachregierungserklärung des Innenministers Markus Ulbig (CDU), von dem man sich Erklärungen versprach. Auch wegen seines Treffens mit seinerzeitigen „PEGIDA“-Organisatoren stand er im Kreuzfeuer. Der Titel seines Beitrages – „Unsere Freiheit braucht Sicherheit“ – ließ eine bemühte Rechtfertigungs-Rede erwarten, die er auch prompt ablieferte.

Die Polizei habe mit fünfzehn komplexen Versammlungslagen umgehen müssen, sagte er. Höhepunkt sei der 21. Januar gewesen, als in Leipzig mehr als 5.000 Beamte im Einsatz waren. Dort habe es ein „teilweise erhebliches Gewaltpotential“ gegeben, doch „konnte ein weitestgehend friedlicher Verlauf gewährleistet werden“. Zwei Tage zuvor, in Dresden, habe man „das hohe Gut der Demonstrationsfreiheit gegen andere hohe Güter abgewogen“; nach Warnungen des Bundeskriminalamtes vor einem Anschlag auf einen der „PEGIDA“-Köpfe sei „keine andere Möglichkeit als das Verbot aller Versammlungen“ geblieben. Da sämtliche Anmeldungen räumlich eng beieinander gelegen hätten, seien „die Veranstaltungen für potentielle Täter nicht unterscheidbar gewesen“, behauptete Ulbig. Die Entscheidung würde er unter gleichen Umständen wieder so mittragen. „Sicherheit ist nicht das Gegenteil, sondern die Grundlage von Freiheit! Unsere Freiheit braucht Sicherheit!“, rief er.

Die Hintergründe liegen indes weiter im Dunkeln. **Oppositionsführer Rico Gebhardt** reagierte mit einer harschen Grundsatz-Rede. „Aus unserer Sicht hätte der Ministerpräsident reden müssen. Denn es kann doch heute nicht allein um das Versammlungsverbot gehen. Wir reden über einen der größten gesellschaftspolitischen Konflikte, den der Freistaat in seiner jüngsten Geschichte zu bewältigen hat. Meine Herren an der Spitze der sächsischen CDU, Ihre erprobte Methode des Schweigens oder des Abmoderierens aller Konflikte durch Brandmarkung externer Schuldiger – ob es nun um den Landesbank-Crash, die Sachsensumpf-Affäre oder die NSU-Mordserie gegangen ist – funktioniert in der PEGIDA-Krise nicht mehr.

Sie tragen die Verantwortung für die Ursachen der Eskalation der Frustration, ja, und teilweise auch der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus, die wir derzeit hierzulande erleben“. Gebhardt erinnerte daran, dass die Staatsregierung mit der Extremismus-Klausel einen Generalverdacht gegenüber allen ausgesprochen hatte, die sich für eine demokratische Kultur einsetzen. Zum 13. Februar in Dresden sei eine einseitige Erinnerungskultur gepflegt worden, „an die Nazis mit ihrem europaweit größten Aufmarsch mühelos anknüpfen konnten“. Antifaschistisches Engagement hingegen habe die CDU verfermt. Erst „die zivilgesellschaftlichen Initiativen bis hin zur Antifa“ hätten „den Neonaziaufmärschen den Garaus gemacht und nicht die Menschenkette“. Zum Dank dafür würden sie kriminalisiert – bis heute. „Einen Dialog, wie jetzt mit den Protestierenden der PEGIDA, gab es seitens der Staatsregierung nicht“, kritisierte Gebhardt. Das Gespräch des Innenministers mit den „PEGIDA“-Köpfen habe nicht zuletzt deshalb allem die Krone aufgesetzt.

Hundertprozentige Sicherheit könne es in einer offenen Gesellschaft nie geben, betonte Gebhardt. Auch die LINKE vertraue aber darauf, dass die Polizei „professionell auch unter schwierigen Bedingungen eine 99,9-prozentige Sicherheit“ schaffe. Das Versammlungsverbot sei ein „beispiellos antidemokratischer Sündenfall“, „da helfen alle Ihre Erklärungsmuster, Herr Innenminister, nicht“. Mit letzteren könne man jederzeit die Versammlungsfreiheit beerdigen. „Herr Ulbig, Sie verstehen PEGIDA. Aber Sie verstehen nicht die Flüchtlinge, die sich abends nicht mehr aus dem Haus trauen. Sie machen die PR für PEGIDA gleich mit und erklären im Zuge des totalen Versammlungsverbot es auch alle Gegenveranstaltungen zu bedrohten Zonen, als könnte sich der Ober-Rassist Lutz Bachmann plötzlich inmit-

ten einer Veranstaltung von ‚Dresden Nazifrei‘ befinden. Wie absurd!“

Auch der **innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Enrico Stange**, verlangte eine tragfähige Begründung für das Versammlungsverbot. Diese sei Ulbig schuldig geblieben. Nur ein polizeilicher Notstand könne es rechtfertigen; der Landespolizeipräsident hatte allerdings bestritten, dass ein solcher Notstand bestanden habe.

Mit einem Entschließungsantrag (*Drucksache 6/818*) schlug die Linksfraktion Schlussfolgerungen vor. Das Parlament sollte unter anderem feststellen, dass die Versammlungsfreiheit „nicht aus Gründen diffuser, vermeintlich sicherheitspolitischer Bedenken oder Bedrohungsszenarien eingeschränkt“ werden dürfe. Der Rechtsstaat dürfe nicht unter dem Vorwand, sich vermeintlich schützen zu wollen, seine Freiheiten aufgeben. Der **Rechtsexperte der LINKEN, Klaus Bartl**, sprach beim Versammlungsverbot von einem „verfassungsrechtlichen Dammbrech“, der sich nicht wiederholen dürfe.

Die Regierungskoalition wollte diese Sichtweisen nicht mittragen. Dabei wird es auch nach „PEGIDA“ weiter scharfe Debatten geben, etwa über das Asylrecht. Rico Gebhardt schrieb der CDU ins Stammbuch: „Die Basis unseres Zusammenlebens in Sachsen sind weder Bibelzitate noch Koransuren, sondern Artikel 1, Absatz 1 Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Es dürfe nie wieder zugelassen werden, dass eine Religion zur Zielscheibe von Ängsten oder Hass werde; einer Bewegung, die das propagiere, müssten sich alle demokratischen Kräfte in den Weg stellen. „Und nie wieder wollen wir es erleben, dass mit dem Argument ‚Sicherheit‘ die ‚Freiheit‘ beerdigt wird!“ Die „PEGIDA“ mögen derweil nicht mehr marschieren; die Aufgabe, mit ihrem Protest umzugehen, aber bleibt.

„Herr Ulbig, sprechen Sie noch als Innenminister oder als stellvertretender Pressesprecher von PEGIDA?“

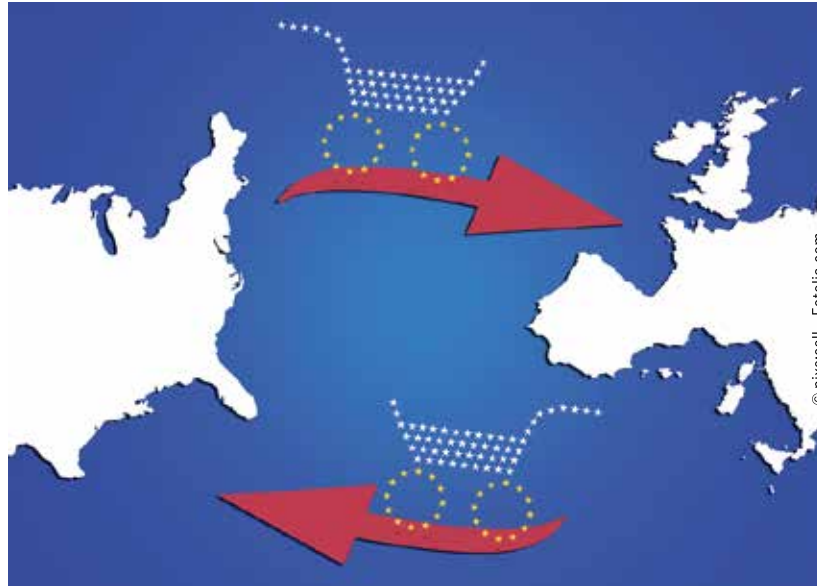
Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender



TTIP und Co. gehen uns alle an!

„Freihandel“ ist ein schönes Wort. Wenn Zollschränken und andere Hürden fallen, können wir zum Beispiel mehr amerikanische Produkte kaufen; in den USA kommen dann Bautz'ner Senf, Dresdner Stollen und Nürnberger Würstchen in die Regale. Mehr Auswahl, neue Märkte – schön, oder? Sollten wir also hoffen, dass die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie zwischen der EU und Kanada (CETA) schnell abgeschlossen werden?

Weit gefehlt! Denn mit ihnen gingen auch Standards verloren, die wir schmerzlich vermissen würden. Sozial- und Arbeitsrecht, Verbraucher-, Daten- und Umweltschutz: Überall würden soziale und demokratische Rechte und Schutzmechanismen über Bord fliegen. Damit nicht genug: Künftig sollen Unternehmen ganze Staaten auf Schadenersatz verklagen dürfen, wenn Gesetze ihre Gewinne schmälern. Momentan streitet zum Beispiel der schwedische Energieriese Vattenfall mit der Bundesrepublik um eine Milliarden-Entschädigung, weil der Atomausstieg seine Profite verringert. Solche Verfahren sollen, wenn es nach TTIP und CETA geht, nicht vor ordentlichen Gerichten, sondern vor geheim tagenden Schiedsgerichten geführt werden. Als Schiedsrichter sollen private Anwälte fungieren, die zum Teil von den Klägern mitbestimmt



werden. Leicht vorstellbar, wie dann ganze Staaten in einen Strudel von Forderungen geraten können, der sie ruiniert.

Dennoch gibt es kaum Aufmerksamkeit für die geheimen Verhandlungen. Bald könnten wir uns wünschen, wir hätten genauer hingesehen und uns gewehrt: Denn sind die Abkommen unterzeichnet, ist es zu spät. TTIP und Co. gehen uns alle an! Auch die sächsische Staatsregierung wird im Bundesrat über das Vertragswerk mitentscheiden – sie sollte sich gegen die negativen Folgen der Abkommen wenden.

Deshalb thematisierte die Linksfraktion die Freihandelsabkommen im Landtag. Der **wirtschaftspolitische Sprecher Nico Brünler** und die **verbraucherschutzpolitische Sprecherin Janina Pfau** warnten davor, ihre Folgen zu unterschätzen. Es gehe nicht darum, freien Handel oder einheitliche Standards per se abzulehnen, so Brünler, im Gegenteil: „Gedeihlicher Handel ist immer ein Gewinn. Aber er setzt Transparenz, Informationsfreiheit und Freiwilligkeit voraus. Das Ergebnis der Verhandlungen wird aber irgendwann präsentiert nach dem Motto ‚Friss oder stirb‘“. Die US-Verbraucher- und Wirt-

schaftsanwältin Lori Wallach spreche zu Recht von einem „Staatsstreich in Zeitlupe“. Die EU-Kommission veröffentlicht keine konkreten Textpassagen, selbst EU-Abgeordnete und die Regierungen der EU-Staaten werden nicht informiert.

Nun sollen, ergänzte Janina Pfau, viele europäische Standards fallen, damit US-Produkte auch in der EU angeboten werden dürfen. Sicherheiten würden angegriffen: Aus gutem Grund gebe es strenge Regelungen für die Qualität von Medikamenten oder ein EU-Verbot von Tierversuchen. Mit Wachstumshormonen erzeugtes Rindfleisch oder mit Chlor desinfiziertes Hähnchen dürfen nicht angeboten werden. Gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen bislang gekennzeichnet werden. Chemieunternehmen müssen erst die Unschädlichkeit ihrer Produkte nachweisen, bevor diese freigegeben werden. In den USA hingegen muss erst bewiesen werden, dass ein solches Produkt schädlich ist, bevor es vom Markt genommen wird.

In der Debatte kritisierten fast alle Fraktionen die geplanten privaten Schiedsverfahren. Die Staatsregierung muss nun ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um die Verhandlungen zu beeinflussen. Sonst bekommt der Freihandel eines Tages das hässliche Gesicht, das ihm die Verhandlungspartner derzeit aufmalen.

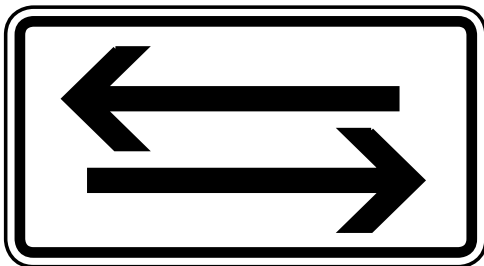
Perba, Böhlen und Co.: „So geht sächsisch“ nicht

Die Integration von Flüchtlingen ist keine Einbahnstraße. Sie fordert weder, dass sich „nur die Flüchtlinge“ an die Einheimischen anpassen, noch, dass sich „nur die Einheimischen“ an die Flüchtlinge anpassen. Alle Seiten müssen aufeinander zugehen. Durch das Kennenlernen wird schließlich deutlich, dass es immer um Menschen geht – mit Geschichten, Gesichtern, Gefühlen. Das nimmt Zweifel und Ängste, die manche befallen, wenn Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zu uns kommen.

Die staatlichen Stellen, allen voran der Freistaat, müssen umfassend darüber informieren, wo, wann und wie Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Daran hapert es gewaltig: Das Örtchen Perba geriet in die Schlagzeilen, als seine 170 Einwohner und Einwohnerinnen dagegen aufbekehrten, dass 50 Flüchtlinge in einem Wohnblock in der Ortsmitte untergebracht werden. Erst vor etwa zwei Wochen wurden 68 Flüchtlinge nach Böhlen gebracht, das Rathaus weniger als 24 Stunden vorher informiert. Böhlen's Bürgermeisterin Maria Gangloff

(DIE LINKE) hatte zwar diese Herausforderung zusammen mit engagierten Bürgern gemeistert, doch vom Freistaat ist mehr Professionalität zu erwarten!

Bessere Kommunikation allein genügt freilich nicht. Asylsuchende müssen in der Mitte der Gesellschaft Quartiere finden und sozial betreut werden. Anwohnerinnen und Anwohner, die Spenden sammeln, Veranstaltungen oder Deutschkurse organisieren, sollen nicht alleingelassen werden. In sei-



ner Dezembersitzung behandelte der Landtag den immer noch hochaktuellen Antrag der Linksfraktion „Ganzheitliches Handlungs- und Kommunikationskonzept für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und eine bedarfsgerechte Flüchtlingssozialarbeit in

Sachsen“ (*Drucksache 6/422*). Demnach sollen künftig möglichst alle Geflüchteten – und nicht wie bislang nur knapp die Hälfte – dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Das wäre das Ende der großen Heime – keine Utopie, denn in Sachsen stehen etwa 200.000 Wohnungen leer. **Juliane Nagel, Fachpolitikerin für die Themen Flüchtlinge und Migration**, betonte: „Dezentrale Unterbringung befördert die Integration. Mit ihr können Konflikte vermieden werden – Konflikte, die aus dem Zusammendrängen von viel zu vielen Menschen auf kleinem Raum resultieren, aber auch die Konflikte, die AnwohnerInnen heraufbeschwören, weil sie das Zusammenleben mit geflüchteten Menschen ablehnen“. Die Kommunen brauchen dafür allerdings mehr Geld, das nur vom Freistaat kommen kann. Sonst werden sie durch die steigenden Zuweisungszahlen weiter überfordert.

Außerdem muss die Sozialarbeit mit und für die oft traumatisierten Flüchtlinge flächendeckend verbessert werden. Das heißt vor allem: Mehr Personal! Eine staatlich anerkannte Fachkraft soll dabei in Fällen von Gemeinschaftsunterkünften 40 und bei sonstigen Unterkünften

80 Geflüchtete betreuen. Bislang wird die soziale Betreuung finanziell fast allein durch die Kommunen getragen, der Freistaat unternimmt zu wenig. Der kommende Doppelhaushalt verspricht den Kommunen aber eine Million Euro mehr für die Flüchtlingssozialarbeit. Allein die Stadt Leipzig veranschlagt dafür im Jahr 2015 2,4 Millionen Euro.

Die Asylsuchenden müssen außerdem besser beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt werden. Das scheidet bisher oft keineswegs an fehlendem Willen, sondern daran, dass es zu wenige erschwingliche Sprachkurse gibt. Nicht zuletzt braucht es endlich eine Kommunikationsstrategie, mit der die Flüchtlingsunterbringung vor Ort begleitet wird. Akteure, die sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen engagieren, müssen bei all dem eingebunden werden. „Lassen Sie uns die humanitäre und völkerrechtliche Pflicht, Menschen Schutz und Asyl zu bieten, endlich gemeinsam und verantwortungsvoll angehen!“, forderte Nagel. Die Koalitionsfraktionen lehnten ab. In den Haushaltsberatungen werden wir uns dennoch dafür einsetzen, dass der Freistaat die Integration von Asylsuchenden verbessert.

Unglaublich, aber wahr: Beim Mindestlohn stimmten CDU und SPD gegen sich selbst

Seit dem 1. Januar gilt bundesweit ein gesetzlicher Mindestlohn. Lange hat die LINKE parlamentarisch dafür gestritten, auch als große Gewerkschaften, SPD und Grüne ihn noch ablehnten. Seit dem 1. Januar 2015 stehen nun auch im Freistaat jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer mindestens 8,50 Euro brutto je Zeitstunde zu. Laut dem sächsischen DGB profitiert jeder vierte Beschäftigte davon, das sind mehr als 300.000 Menschen.

Gleichzeitig reißen die Diskussionen über das Projekt nicht ab. Horror-szenarien zu Preissteigerungen und Arbeitsplatzverlusten haben sich bislang nicht bestätigt. Dennoch könnten Unternehmen versuchen, die Lohnuntergrenze zu umgehen. Deshalb muss gut beobachtet werden, wie die Mindestlohn-Regelungen umgesetzt werden. Mit einem entsprechenden Antrag (*Landtags-Drucksache 6/719*) wollte die LINKE deshalb dreierlei erreichen:

Erstens soll ein sogenanntes Monitoring-Verfahren, also eine permanente Beobachtung und Kontrolle der Mindestlohn-Zahlung, eingeführt werden. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern und ein Institut für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung sollen es unterstützen. So ließen sich die Kontrollen dichter und wirksamer gestalten. Bei Problemen soll betroffenen Unternehmen – zweitens – geholfen werden: mit Unternehmensbera-

tung und einem zeitlich befristeten Fonds, der ihnen übergangsweise hilft, solange sie den Mindestlohn noch nicht aus eigener Kraft finanzieren können. Über alle Ergebnisse müsste die Staatsregierung dann – so die dritte Forderung – das Parlament unterrichten.

Dann folgte eine emotionale Debatte. **LINKE-Wirtschaftspolitiker Nico Brünler** verwies darauf, dass in Sachsen nicht zufällig so viele Beschäftigte unter die Mindestlohn-Regelungen fallen: „Letztlich hat die CDU-geführte Staatsregierung niedrige Löhne jahrzehntelang für einen Standortvorteil gehalten und damit auch öffentlich geworben“. Weil darunter die Kauf-

kraft leide, seien die Löhne auch in Branchen des Handwerks oder bei Dienstleistungen niedrig geblieben – „ein Teufelskreis“.

„Manche Gegner des Mindestlohnes haben schon den Einsturz der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft vorhergesehen. Das ist durch die Praxis längst widerlegt“, stellte die **sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Schaper**, klar. Aus ihrer Sicht nutzten Unternehmen nun vor allem zwei Möglichkeiten, um beim Mindestlohn zu tricksen: Sie reduzierten die Arbeitsstunden, in denen Aufgaben zu erfüllen sind, und klammerten Vorbereitungsarbeiten aus. Oder sie überreichten ihren Beschäftigten Zusatzvereinbarun-

gen, um Zuschläge zu kürzen oder zu streichen. Gegen all das könne nur vorgegangen werden, wenn sichere Daten vorlägen. Das Monitoring solle sie liefern. Dann könnten auch weitere Maßnahmen abgeleitet werden, um das Lohnniveau flächendeckend zu sichern, so Brünler. Beispielsweise solle das Vergabegesetz vorsehen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nachweislich den Mindestlohn zahlen.

Redner der Regierungsfractionen beeilten sich daraufhin, zu betonen, dass ein solches Monitoring bereits Teil ihres Koalitionsvertrages sei. Schon vor der Plenarsitzung hatten Medien die Ansicht verbreitet, der LINKE Antrag renne bei CDU und SPD offene Türen ein. Die Koalition aber belehrte uns eines Schlechteren. Der CDU-Abgeordnete Frank Heidan warf der Linksfraction vor, sie habe „aus dem Koalitionsvertrag abgeschrieben“, um die Vorschläge dann – welch Ironie! – postwendend als „Angriff“ auf die Marktwirtschaft und die Tarifautonomie abzukanzeln. CDU und SPD stimmten die Forderungen schließlich nieder, obwohl sie Teil des Koalitionsvertrages sind. Hoffen wir, dass die sächsischen Unternehmerinnen und Unternehmer bei der Umsetzung des Mindestlohns konsequenter zu Werke gehen. Hunderttausende Beschäftigte, die bisher von ihrer Hände Arbeit nicht leben konnten, brauchen das Lohn-Plus dringend.



Kommen Straftäter davon, weil Sachsens Justiz schlecht ausgestattet ist?

Es war ein Paukenschlag: Anfang Januar berichteten Medien über einen Hilferuf der deutschen Generalstaatsanwälte. Selbige treten in der politischen Debatte sonst nicht lautstark oder gar aufrührerisch auf. Bei einem Treffen in Görlitz sollen sie aber in einem „internen“ Papier darauf hingewiesen haben, dass viele kriminaltechnische Institute – auch sächsische – in der Flut von Beweismitteln, die sie auswerten müssen, zu ertrinken drohen. Was zunächst nach einem Detailproblem klingt, hat womöglich schlimme Folgen: Denn Ermittlungs- und Strafverfahren können nur ordnungsgemäß geführt werden, wenn Beweise rechtzeitig und vollständig aufgearbeitet werden. Sonst drohen Verfahrensabbrüche, mutmaßliche Straftäter kommen frei oder bleiben von vornherein unbehelligt.

Der **verfassungs- und rechtspolitische Sprecher der Linksfraction, Klaus Bartl**, ärgert sich dar-

über, dass das Papier dem Landtag bis heute nicht vorliegt. DIE LINKE reichte umgehend einen Antrag ein (*Drucksache 6/717*), damit das Parlament „auf gleiche Augenhöhe mit den wissenden Medien“ gelangt. Das sei dringend, so Bartl, denn schließlich sei vom „Notstand“ in der Justiz die Rede. Ein Ermittler habe dem MDR erklärt: „Das Wasser steht nicht mehr bis zur Oberkante, sondern längst schon einen Meter drüber“. Für Bartl ist klar: „Wenn die beschriebene Situation nur zu Teilen stimmt, ist dies nicht mehr und nicht weniger als der Beweis dafür, dass die Staatsanwaltschaft und die zur Strafverfolgung erforderlichen Beamten des Polizeidienstes ihren verfassungsmäßigen Auftrag, möglichst alle Straftaten aufzuklären, wirksam zu verfolgen und dadurch auch präventiv zu wirken, nicht erfüllen können – ganz offensichtlich trotz großen Einsatzes“.

Mit ihrer Initiative fordert die Linksfraction die Staatsregierung auf, das Parlament über die im „internen Papier“ beschriebenen Defizite bei der Strafverfolgung zu informieren. Schnelles Handeln ist nötig: Wenn Fristen verstreichen, müssen sichergestellte Beweismittel den Beschuldigten zurückgegeben werden. Zu Verzögerungen kommt es, weil die Institute zu wenig qualifiziertes Personal und Geld haben oder mit veralteter Technik arbeiten müssen. Das macht den Ermittlern zu schaffen, zumal insbesondere die Internetkriminalität zunimmt: Die Datenmengen auf Festplatten, USB-Sticks, DVDs und Handys, die gesichtet werden müssen, wachsen rasant. Auch die Auswertung von DNA-Proben, die gerade für die Aufklärung schwerer Verbrechen wichtig ist, dauert inzwischen oft länger als neun Monate. In ihrer Not beauftragen die Ermittler inzwischen private Gutachter. Das ist höchst

bedenklich, nicht nur weil sich die Behörden selbst strafbar machen, wenn sie bestimmte Beweismittel – etwa kinderpornografisches Material – weitergeben.

Ein Hoffungszeichen: Der Antrag wurde nach der Debatte im Plenum auch mit den Stimmen der Koalition-fractionen in den Verfassungs- und Rechtsausschuss überwiesen. Die Linksfraction will erreichen, dass die Staatsregierung Maßnahmen entwickelt, um Sachsens Justiz besser auszustatten. Auch der Doppelhaushalt, den das Parlament im April beschließt, muss nachsteuern. Dafür hauen auch wir gern weiter auf die Pauke!





Plenarspiegel Dezember 2014/ Januar 2015

Am 17./18. Dezember 2014 und am 28./29. Januar 2015 fanden die 4., 5., 6. und 7. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

- „Wie solidarisch ist das 'Abendland'? Sorgen ernst nehmen, Willkommenskultur entwickeln!“
- „Kein freier Handel ohne Verbraucherschutz und Rechtsstaatlichkeit“

Anträge:

- „Nicht nur lenken, sondern schnell handeln: Ganzheitliches Handlungs- und Kommunikationskonzept für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und eine bedarfsgerechte Flüchtlingssozialarbeit in Sachsen“ (Drs 6/422)
- „Drohende Totalüberwachung des Verkehrs auf Straßen und Autobahnen in Sachsen durch geplante PKW-Maut des Bundesverkehrsministeriums rechtzeitig abwenden“ (Drs 6/272) / „Gesetzliche Berichtspflicht des Innenministers über anlassbezogene mobile automatisierte Kennzeichenerfassung gegenüber dem Landtag rechtzeitig und vollständig erfüllen“ (Drs 6/227)
- „Sofortige Neuplanung der 4. Sächsischen Landesausstellung zur Industriekultur 2018“ (Drs 6/254)
- „Gute Arbeit“ für alle Beschäftigten in Sachsen - Mindestlohn-Monitoring als einen ersten Schritt jetzt auf den Weg bringen!“ (Drs 6/719)
- „Ermittlungs- und Strafverfolgungsnotstand in Sachsen rechtzeitig und wirksam vorbeugen - personelle und technische Ausstattung der Kriminalpolizei und Justiz deutlich verbessern!“ (Drs 6/717)

Sammeldrucksache 6/449:

In den Berichten der Ausschüsse waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

- „Sofortige Aussetzung der Abschiebung von Menschen in die von der Ebola-Epidemie betroffenen westafrikanischen Staaten“ (Drs 6/108)
- „Winterabschiebestopp zugunsten von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen - Humanitärer Akt und Gebot der Menschlichkeit“ (Drs 6/547)
- „Erarbeitung eines neuen Lebenslagenreports - Armuts- und Reichtumsentwicklung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/423)
- „Rundfunkbeitrag sozial gerecht gestalten - Unverhältnismäßige Beitragsbelastungen überwinden“ (Drs 6/424)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Marion Junge ist Sprecherin für Bürgeranliegen

Die Fraktion DIE LINKE hat inzwischen verbindlich die Sprecherbereiche ihrer 27 Abgeordneten festgelegt. Manche Parlamentarier arbeiten weiterhin in ihren bisherigen Feldern, andere werden sich vollständig oder teilweise in neue Gebiete einarbeiten. Marion Junge, bisher Sprecherin für Kommunalpolitik, übernimmt ab sofort eine wichtige Querschnittsaufgabe: Sie wird Sprecherin für Bürgeranliegen. Damit ist ihre Tätigkeit anschlussfähig an alle Politikfelder. Daneben wird sich Marion Junge mit den Bereichen Petitionen, Weiterbildung und Bestattungswesen befassen.

„Es fällt mir nicht leicht, den kommunalpolitischen Bereich abzugeben, den nun André Schollbach



übernimmt. Aber es gibt durch neue Aufgaben auch neue Chancen für eine stärker bürgerbeteiligte Landespolitik“, schätzt sie ihren neuen Arbeitsauftrag ein. „Ich möchte in der 6. Wahlperiode Ansprechpartnerin für Bürgeranliegen, Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung sein. Wünsche, Anliegen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sollen viel stärker in der Landespolitik berücksichtigt werden. Aktuelle landespolitische Themen wollen wir mit den Menschen vor Ort erörtern und gemeinsam Lösungen finden“. Sie will vor allem deshalb vernetzen, koordinieren, Anliegen Gehör verschaffen. Die Mitwirkungs- und

Beteiligungsrechte für die Einwohnerinnen und Einwohner müssten in Sachsen unbedingt ausgebaut werden, so Junge. Nicht nur die Hürden für Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid müssen gesenkt werden, damit reale Chancen für eine erfolgreiche Volksgesetzgebung entstehen. Auch das Auskunfts-, Frage- und Petitionsrecht der Bevölkerung braucht Veränderung, um Bürgerbeteiligung besser zu gestalten. Marion Junge wird in den nächsten Wochen und Monaten Gespräche mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Bürgergruppen führen. Bürgerinnen und Bürger können sich mit ihren Anliegen oder Problemen direkt an sie wenden (marion.junge@slt.sachsen.de; Telefon 0351 493-5806). Alternativ kann auch der Fachreferent für Öffentlichkeitsarbeit und BürgerInnenanliegen der Fraktion, Kevin Reißig, kontaktiert werden (kevin.reissig@slt.sachsen.de; Telefon 0351 493-5871).

Kupfer auf der Schippe

Der neue Chef der CDU-Fraktion im Landtag, Frank Kupfer, hat sich in dieser Funktion bislang vor allem als Krawallmacher präsentiert. Die Wahl von Bodo Ramelow zum thüringischen Ministerpräsidenten kommentierte er mit der merkwürdigen Aussage, dass die „Demokratie in ihrer Praxis manchmal schwer zu ertragen“ sei. Als LINKE und Grüne eine eigene Kandidatin für das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten vorstellten, polterte er, so etwas habe sich bislang nur die NPD erlaubt - ein Vorwurf, den er danach zu bereuen schien, aber nicht ohne weiter darauf zu verweisen, dass das Vorschlagsrecht bei der CDU-Fraktion liege. Das mag zwar eine parlamentarische Sitte sein, heißt aber freilich nicht, dass nur die CDU einen Kandidaten nominieren darf.

Zum Jahresbeginn schließlich beglückte er die Öffentlichkeit mit einem Interview in der „Freien Presse“, in dem er unter anderem erklärte, die AfD sei „eine normale demokratische Oppositionspartei. Beim Umgang mit den Linken hätte ich schon viel eher Erklärungsbedarf“. Ob er wohl seinen Amtsvorgänger Steffen Flath dafür gemäßregelt hat, dass er mit einer solchen Gruppierung über die Landesverfassung verhandelte? Dabei haben wir uns übrigens nicht für die Wiederbelebung der DDR eingesetzt. Skurriler geht es nicht? Doch! Ein paar Zeilen weiter wurde Kupfer nach seiner Einschätzung gefragt, welche Folgen Rot-Rot-Grün in Thüringen haben werde. Seine Antwort: „Ich habe das DDR-System hautnah erlebt. Es war aufgebaut auf Angst und Lügen. [...] Sogar der Wetterbericht wurde geschönt und gesagt, es seien minus

15 statt minus 20 Grad, weil Kohle zum Heizen fehlte“. Produzieren Ramelow und Co. also demnächst falsche Wetterprognosen?

Darauf muss die sächsische Staatsregierung natürlich vorbereitet sein. Schließlich stehen einige Protokolltermine im Nachbarbundesland bevor, zum Beispiel die Eröffnung der länderübergreifenden Haftanstalt in Zwickau-Marienthal. Nicht ausdenken, wenn der Ministerpräsident dort falsch gekleidet aufträte, frieren oder schwitzen müsste, gar nass würde, weil er keinen Schirm dabei hat! Deshalb hat Rico Gebhardt just eine Kleine Anfrage an die Staatsregierung gestellt, um zu kontrollieren, wie sie auf solche Situationen vorbereitet ist. Er wollte wissen: Welche Vorkehrungen treffen die Ministerien, damit ihre Repräsentanten bei Terminen in Thüringen wettergemessen gekleidet sind? Wer erstellt für die sächsische Staatsregierung verlässliche Wetterprognosen, damit sie nicht auf Täuschungen aus Thü-

ringen hereinfällt? Soll gar Dienstkleidung ausgereicht werden, mit der man auf alle Eventualitäten vorbereitet ist? Falls ja: Kommt diese dann aus dem kaltegeplagten Russland, wodurch eventuell Wirtschaftssanktionen verletzt würden? Und überhaupt: Weiß die Staatsregierung, ob die DDR-Bürgerinnen und -Bürger Thermometer kaufen konnten?

Die Staatskanzlei gab sich unbekümmert: Man treffe keinerlei Vorkehrungen, erstelle keine Wetterprognosen, Dienstkleidung gebe es nicht und schon gar nicht aus Russland. Man habe davon abgesehen, in den Archiven zu recherchieren, ob es in der DDR Thermometer zu kaufen gab. Überhaupt sei „der für eine vollständige Beantwortung erforderliche Aufwand in Anbetracht der offensichtlich nicht ernstlich gemeinten Kleinen Anfrage nicht zumutbar“. Damit zeigt sich Staatsregierung ähnlich humorbefreit wie der grummelnde CDU-Fraktionschef. Etwas mehr Witz, Kollegen!



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag